

# Niederschrift

über die 28. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am **Mittwoch, dem 10.10.2007**.

Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses hatten sich nach ordnungsgemäßer Einladung des Vorsitzenden, Ratsmitglied Hans-Heinrich Helikum, vom 26.09.2007 um 17.00 Uhr im Saal des Bürgerhauses versammelt.

Unter dem Vorsitz von RM Hans-Heinrich Helikum waren anwesend:

## I. die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses

### a) aus dem Rat

1. RM Susanne Brandenburg f. Jürgen Spelter,
2. RM Walter Corbat f. Ute-Lucia Krall,
3. RM Hans-Heinrich Helikum,
4. RM Claudia Schlottmann f. Achim Kleuser,
5. RM Norbert Schreier,
6. RM Angelika Urban,
7. RM Heinz-Georg Wingartz,
8. RM Birgit Alkenings,
9. RM Anabela Barata,
10. RM Manfred Böhm,
11. RM Reinhold Daniels f. Dagmar Hebestreit,
12. RM Marie-Liesel Donner,
13. RM Jürgen Scholz,
14. RM Claudia Schnatenberg bis 18.15 Uhr,
15. RM Udo Weinrich f. Claudia Schnatenberg ab 18.00 Uhr,
16. RM Susanne Vogel,
17. RM Horst Welke;

### b) sonstige Ratsmitglieder als Zuhörer

1. RM Alexander Büttner,
2. RM Rolf Mayr,
3. RM Friedhelm Burchartz;

### c) sachkundige Bürger

1. Werner Buddenberg,
2. RM Kurt Wellmann f. Wolfgang Frey,
3. RM Ludger Reffgen f. Franz-Dieter Schnitzler;

- d) sonstige sachk. Bürger als Zuhörer

Klaus Cohausz;

- e) beratendes Mitglied

Günter Pohlmann;

## II. vorübergehende Berater und Zuhörer

1. Herr Aberspach (Seniorenbeirat),
2. Herr Knierim (Polizei) bis TOP 3 b,
3. Herr Hillebrand (Stadtmarketing),
4. Herr Kraemer (Stadtmarketing),
5. Herr Dr. Schüle (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie)

## III. von der Verwaltung

1. Herr Bürgermeister Scheib,
2. Herr 1. Beig. Thiele,
3. Herr Beig. Rech,
4. Frau Bosbach, Amtsleiterin IV/60, zugl. als Schriftführerin,
5. Herr Stuhlträger, Amtsleiter IV/61,
6. Herr Groll, stellv. Amtsleiter IV/61,
7. Herr Ferenz, Referendar IV/61,
8. Herr Mittmann, Amtsleiter IV/66,
9. Herr Hendrichs, IV/66,
10. Herr Wachsmann, Team Bürgermeister,
11. Herr Becker, Team Bürgermeister,
12. Herr Kurowsky, Amtsleiter I/23,
13. Herr Scheib, Amtsleiter II/26,
14. Frau Behle, Referendarin Rechtsamt,
15. Frau Stankowski, Verwaltungsangestellte.

- - - - -

### **Tagesordnung:**

#### **I. Öffentliche Sitzung:**

1. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.
2. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.
3. **Umweltangelegenheiten**
  - a) Sachstandsbericht Klimaschutzmaßnahmen in Hilden - SV 66/103.
  - b) Kommunen und Klimaschutz - Rahmenbedingungen und kommunale Handlungsansätze;  
Vortrag Herr Dr. Ralf Schüle, Wuppertal, Institut für Klima, Umwelt und Energie - o. SV.

- c) Anforderungen an ein Klimaschutzkonzept für Hilden - moderierte Diskussionsveranstaltung in Ergänzung an den Vortrag - o. SV.
- d) Kernpunktepapier Klimaschutz des BUND - SV 66/104.
- e) Möglichkeiten der Umsetzung von Klimaszutzzielen in der Bauleitplanung - SV 61/185.
- f) Möglichkeiten der Nutzung von Flachdächern für Solarenergie - SV 26/041.
- g) Programm der baulichen Maßnahmen 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung von Klimaschutzaspekten - SV 26/040.
- h) Bericht über die baulichen Maßnahmen zur Energieoptimierung an städtischen Gebäuden im Zeitraum 2005 bis 2007 - SV 26/039.
- i) Berichterstattung Fahrzeuge - SV 68/031.
- j) „Kyoto-Protokoll auch in Hilden umsetzen“;  
hier: Antrag der Fraktion Bürgeraktion in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.02.2007 - SV 66/105.

## **II. Nichtöffentliche Sitzung:**

- 4. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.
- 5. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.

-----

## **I. Öffentliche Sitzung:**

Um 17.00 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung im Saal des Bürgerhauses. Er begrüßte die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie die erschienenen Bürgerinnen und Bürger. Ferner begrüßte er die vorübergehenden Zuhörer und die Gäste.

Er stellte die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Hinsichtlich der Tagesordnung verständigte man sich darauf, die Punkte 3 f und 3 g gemeinsam mit TOP 3 j zu beraten. Weitere Änderungswünsche bestanden nicht. Sodann wurde wie folgt beraten und beschlossen:

### 1. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.

- k e i n e -

### 2. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.

#### Herr Reffgen: Behindertengerechter Ausbau Einmündung Kölner Straße / Richrather Straße.

Herr Reffgen bat die Verwaltung, sich um eine behindertengerechte Gestaltung der Bürgersteigab-senkung im Bereich der Kölner Straße / Richrather Straße zu kümmern.

### 3. Umweltangelegenheiten

#### a) Sachstandsbericht Klimaschutzmaßnahmen in Hilden - SV 66/103.

Auf die entsprechende Frage von Herrn Schreier erläuterte Herr Mittmann, es gebe einen sog. Straßenbeleuchtungsvertrag mit den Stadtwerken. Im Rahmen von erforderlichen Ersatzmaßnahmen erfolge eine Umstellung der Straßenbeleuchtung auf Energiesparlampen. Bei Neubaumaßnahmen würde aktuell verfügbare Technik eingesetzt.

Herr Welke verwies auf den damaligen „runden Tisch“ zur lokalen Agenda und erhob die Einrichtung eines Arbeitskreises mit externer Beteiligung zum Antrag.

Herr Reffgen hätte es sehr begrüßt, wenn sich die Stadtwerke auch am Umwelttag beteiligt hätten. Hinsichtlich des Grünordnungsplanes vertrat er die Auffassung, diese Ansätze auch bei Bebauungsplänen einzuhalten (Beispiel: Bebauungsplan Nr. 228). Hinsichtlich der Thematik Klimabündnis / Lokale Agenda bemängelte er fehlende Initiativen zur Weiterführung seitens der Stadt als Moderator. Zum Thema Stadtökologie regte er an, den neuen Ratsmitgliedern das Siedlungsdichtegutachten zur Verfügung zu stellen.

Hierzu warf Herr Rech ein, das Gutachten liege allen Geschäftsstellen in Papierform vor. Bei Bauleitplanverfahren verweise die Verwaltung auf das Gutachten und erläutere evtl. Abweichungen. Die Angelegenheit Klimabündnis sei letztlich eingeschlafen, da nur noch die Teilnahme der Verwaltung, des BUND und ADFC zu verzeichnen gewesen sei.

Frau Alkenings hielt fest, ausweislich des Berichtes habe es in der Vergangenheit in Sachen Klimaschutzmaßnahmen bereits zahlreiche Einzelmaßnahmen gegeben. Ziel der heutigen Sitzung sollte sein, das Thema zu intensivieren und weitere Maßnahmen bzw. weitere Schritte einzuleiten.

-----

Unterbrechung der Sitzung für die Einwohnerfragestunde

Bezugnehmend auf das Thema der heutigen Sitzung appellierte Herr Donner für den BUND, im Interesse des Klimaschutzes nach vorne zu schauen. Ferner hielt er es für erforderlich, Ziel- und Leitbilder des Siedlungsdichtegutachtens nochmals zu diskutieren und präziser zu fassen.

Herr Blanchot regte für den ADFC an, im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes weitere Überlegungen für den nicht motorisierten Verkehr umzusetzen.

-----

- b) Kommunen und Klimaschutz-Rahmenbedingungen und kommunale Handlungsansätze;  
Vortrag Herr Dr. Ralf Schüle, Wuppertal, Institut für Klima, Umwelt und Energie  
- o. SV.

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Vorsitzende Herrn Dr. Schüle, der zunächst sich und sein Institut vorstellte.

Sodann hielt Herr Dr. Schüle seinen Vortrag „Klimaschutz auf kommunaler Ebene, Rahmenbedingungen, Handlungsspielräume und Aktivitätsprofile“ (siehe Anlage 1). Abschließend bedankte er sich für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende bedankte sich für die ausführlichen und interessanten Ausführungen und leitete über zum Tagesordnungspunkt c.

- c) Anforderungen an ein Klimaschutzkonzept für Hilden - moderierte Diskussionsveranstaltung in Ergänzung an den Vortrag - o. SV.
- 

Eingangs lud der Vorsitzende die Vertreter des BUND, Herrn Donner, und des ADFC, Herrn Blanchot, zur aktiven Teilnahme an der Diskussionsveranstaltung ein.

Herr Reffgen hielt fest, konkrete Erkenntnisse über die Effekte der bisher initiierten und beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen lägen nicht vor. Es stelle sich ihm die Frage, ob die Erstellung einer Gesamtenergiebilanz sinnvoll sei oder ob andere Möglichkeiten bestünden.

Herr Donner hielt zusammenfassend fest, im Grunde verfüge Hilden über eine gute Ausgangssituation. Auf die Erstellung einer Energiebilanz solle im Interesse der Realisierung von Einzelmaßnahmen verzichtet werden. Bei der vorhandenen überwiegend alten Bausubstanz sei die Aussage Altverbrauch zu Neuverbrauch s. E. ausreichend. Die Beteiligung der Bürgerschaft müsse optimiert werden in Form von schriftlichen Informationsbroschüren etc. Eine ausschließliche Verbreitung über das Internet halte er nicht für ausreichend.

Frau Alkenings stellte die Messbarkeit der Wirkung einer Beratung bei den Hausbesitzern zur Diskussion.

Herr Welke stellte die Frage bezogen auf vorhandenen Baubestand, wie der Bürger Informationen über Kostenvorteile erlange. Ferner wollte er wissen, ob über Satzungen Zwang ausgeübt werden könne.

Herr Dr. Schüle führte aus, mit Blick auf die Durchgangsverkehre seien verkehrliche Aspekte tabuisiert. Die Fragestellung Energiebilanz beantwortete er dahingehend, dass es der Erarbeitung eines Konzeptes bedürfe; dies müsse mit Priorisierung versehen sein. Ein derartiges Konzept unterstelle jedoch eine Energiebilanz, die mithin ein wichtiges Instrument für eine Entscheidungsgrundlage beinhalte. Hinsichtlich der angesprochenen Bürgerbeteiligung sehe er die Möglichkeiten relativ gering. Gerade im Gebäudebereich seien individuelle Entscheidungen einzelner Eigentümer erforderlich. Hier sei es schlechterdings nicht möglich, einen Quartiersbezug herzustellen. Die Darstellung von Wirkungsnachweisen zur Beratung halte er für schwierig. Ein Indikator könne die Inanspruchnahme von KfW-Krediten sein, aber das Thema Quartiersicherung sei in diesem Zusammenhang problematisch. Kontakte zur SAGA seien zählbar; Netzwerkentwicklungen nicht messbar. Eine Energieberatung müsse im Zuge der Beratungseffizienz Einsparungsaussagen treffen können. Eine Ausübung von beispielsweise Anschluss- und Benutzungszwang gebe es nicht.

Herr Welke wollte wissen, welche Möglichkeiten seitens einer Kommune bestünden, wenn beispielsweise der CO<sub>2</sub>-Ausstoß über der Norm liege.

Herr Buddenberg hielt fest, die Kommunen hätten eigentlich wenig Handlungsmöglichkeiten. Die geschilderten Modelle seien bekannt. Er bat um Auskunft ob bekannt sei, dass Kommunen Preise ausgelobt hätten.

Herr Donner warf ein, gleichwohl könnten die Kommunen Vorgaben in bestimmten Bereichen machen.

Frau Alkenings hielt fest, der Ausbau der Energieberatung sei durchaus wünschenswert, aber es sei erklärtes Ziel von Rat und Verwaltung, die Personalkosten zu senken. Insofern stelle sich die Frage, ob Beratungslösungen einzukaufen seien. Die Grundidee könnte die Integration der Zielgruppe Wohnungsbauunternehmen sein. Ferner halte sie die Installation von Beratungsringen, die städtischerseits unterstützt würden, für denkbar. Hierbei könne die Stadt externe Schulungskosten übernehmen.

Herr Dr. Schüle fasste zusammen, die CO-Belastung sei zur Zeit nicht relevant. Seines Wissens seien darüber hinaus von der Deutschen Umwelthilfe Preise für kleinere Maßnahmen ausgelobt worden. Die Vorgabe von Klimaschutzaspekten in Bebauungsplänen zu berücksichtigen sei grundsätzlich gegeben, aber in der Durchsetzung als eher unwahrscheinlich zu beurteilen. Dies könne allenfalls bei Vorhabenbezogenen Bebauungsplänen realisiert werden.

Im Zuge der weiteren Diskussion kam Frau Alkenings auf Musterbeispiele für externen Sachverstand zurück.

Hierauf signalisierte Herr Dr. Schüle die Überlassung von Informationen als Anlage zur Niederschrift zu (siehe Anlage 2).

- Sitzungspause von 18.25 Uhr bis 18.45 Uhr -

d) Kernpunktepapier Klimaschutz des BUND - SV 66/104.

Herr Donner führte aus, die Durchsetzung von Klimaschutzaspekten ohne Energieberatung sei für ihn nicht vorstellbar. Ein besonderer Ansatz stelle sich für den BUND dar, im Rahmen der Bauleitplanung konkrete Festsetzungen im Interesse des Klimaschutzes zu berücksichtigen.

Frau Vogel sprach sich dafür aus, beispielsweise in der Beratung zur Umsetzung von Klimaschutzziele in der Bauleitplanung einen konkreten Beschluss zu fassen.

Frau Alkenings hielt es für sinnvoll, konkrete Beschlüsse im Rahmen einer Sammlung der Diskussionsbeiträge zum Ende der Sitzung zu formulieren.

Der Vorsitzende fasste zusammen, man werde sämtliche Beratungsvorlagen zunächst diskutieren und im Anschluss ggfls. konkrete Beschlüsse fassen.

e) Möglichkeiten der Umsetzung von Klimaschutzziele in der Bauleitplanung  
- SV 61/185.

---

Frau Alkenings regte an, in künftigen Bauleitplanverfahren zumindest als Denkanstoß z. B. das Thema Solarenergie ins Gespräch zu bringen.

Herr Buddenberg hielt dies bei Vorhabenbezogenen Bebauungsplänen für diskutabel.

Unter Hinweis auf die Aussagen aus dem Gutachten ECOFYS hielt Herr Weinrich die Erläuterungen der Verwaltung für schwach. Insofern regte er an, im Rahmen der Bauleitplanverfahren zumindest einen Versuch zu starten, einschlägige Festsetzungen von Klimaschutzaspekten entsprechend der Anregung des BUND in die Pläne aufzunehmen.

Herr Stuhlträger verwies auf den Inhalt der Erläuterungen zur Sitzungsvorlage und den eindeutigen Aussagen in dem von Herrn Weinrich zitierten Kurzgutachten. Nach einer kurzen Ausführung zur

Rechtsprechung im Zusammenhang mit dem Thema Fernwärme hielt er fest, zu einer rechtssicheren Umsetzung bedürfe es auf jeden Fall einer Einzelfallprüfung. Verwaltungsseitig sei der Aspekt „Möglichkeit zur Nutzung der Solarenergie“ in zahlreichen Bebauungsplänen durch städtebaulich nicht umstrittene Maßnahmen umgesetzt worden (Gebäudestellung).

Auf den Einwand von Herrn Donner, die Zusammenfassung der Verwaltung sei nicht so klar wie das Kurzgutachten, fasste Herr Groll nochmals die Ziele der Bauleitplanung zusammen. Im Ergebnis handele es sich um eine Angebotsplanung. Eine Festsetzung der diskutierten Klimaschutzaspekte in Bebauungsplänen sei durchaus möglich, solange z. B. die Stadt als Grundstückseigentümer mitspiele. Gleiches gelte für Vorhabenbezogene Bebauungspläne (z.B. der Antrag, der in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zur Beratung anstehe. Ansonsten gelte aus städtebaulichen Gründen die deutliche Aussage, dass jederzeit die Möglichkeit gegeben sei, klimaschutzrelevante Details bei der Realisierung von Bauvorhaben umzusetzen. Bei einer planungsrechtlichen Festsetzung sei eine städtebauliche Begründung erforderlich, die es zur Festsetzung von allgemeinen Klimaschutzmaßnahmen nicht gebe.

Unter Hinweis auf den SPD-Antrag im Zusammenhang mit der Umsetzung von Klimaschutzvorhaben für die Planung der Sparkasse bat Herr Pohlmann um Auskunft, ob Vorgaben im Zusammenhang mit dem Baugenehmigungsverfahren denkbar seien.

Frau Alkenings regte an, einschlägiges Material im Rahmen der Bauberatung potentiellen Bauherren mit zu geben.

Herr Rech hielt fest, neben den Sachkosten bedeute dies die Bildung von Personalressourcen zumindest für den Beratungsteil.

Unter Hinweis auf seine Lesart des ECOFYS-Gutachtens regte Herr Weinrich an, das Wagnis einzugehen, Klimaschutzpunkte im Bauleitplanverfahren festzuschreiben.

Herr Welke hielt es für sinnvoll, den Beratungsaspekt zu bündeln in Form einer Zusammenfassung von Beratungslösungen der Stadtwerke, des Installations- und Heizungshandwerks und der Architekten.

Frau Alkenings verwies auf ein Landesprogramm zur Altbausanierung. Hier sollte seitens der WGH und des Amtes für Gebäudewirtschaft nachgefasst werden.

Herr Donner vertrat nochmals die Auffassung, im Rahmen der Bauleitplanung eindeutige Ziele im Interesse des Klimaschutzes zu formulieren und verwies hierzu auf Seite 7 des Kurzgutachtens.

f) Möglichkeiten der Nutzung von Flachdächern für Solarenergie - SV 26/041.

---

Auf die entsprechende Frage von Frau Vogel erwiderte Herr Scheib, in der Zeit vor 1995 seien etwa 30 von 110 Flachdächern saniert worden.

Herr Reffgen hielt fest, die in den Erläuterungen ausgeführten Gewichtsangaben zu den Solarpaneelen in Verbindung mit den Unterkonstruktionen seien nicht schlüssig.

Hierzu führte Herr Scheib aus, bei den Deckenspannweiten z. B. bei Sporthallen sei aus Stabilisierungsgründen die Windangriffsfläche zu berücksichtigen, da seit dem Jahr 2005 die statischen DIN-Vorgaben geändert worden seien.

g) Programm der baulichen Maßnahmen 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung

Frau Alkenings wollte wissen, ob in Verbindung mit dem Austausch einer Heizungsanlage gleichzeitig eine Prüfung der Dämmung der Gebäude erfolge.

Hierzu teilte Herr Scheib mit, in den vergangenen Jahren sei lediglich ein Austausch der Heizungsanlagen erfolgt. Aktuell erfolge natürlich eine komplette energetische Bewertung. Im Zuge der Haushaltsplanberatungen werde die Verwaltung konkrete Vorschläge unterbreiten.

Herr Buddenberg signalisierte Bereitschaft, hierfür entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Seines Wissens fahre die Stadt Langenfeld ein Programm zur Untersuchung. Vielleicht bestehe die Möglichkeit eines Informationsaustauschs.

Auf die entsprechende Frage von Frau Vogel zur Warmwasseraufbereitung führte Herr Scheib aus, vorgesehen seien die Mannschaftsumkleideräume auf den Friedhöfen und dem Bauhof.

Herr Donner hielt es für wichtig, den Gebäudenutzern Informationen zur evtl. Verhaltensänderung mit auf den Weg zu geben. Ferner sollte die Öffentlichkeit motiviert werden.

Herr Welke regte an, auch das Thema Erdwärme bei den weiteren Überlegungen zu berücksichtigen.

Hierauf hielt Herr Scheib fest, die Stadt verfüge nicht über die Flächen, die für einen wirtschaftlichen Betrieb erforderlich seien.

- j) „Kyoto-Protokoll auch in Hilden umsetzen“  
hier: Antrag der Fraktion „Bürgeraktion Hilden“ in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.02.2007 - SV 66/105 - vorgezogen -.
- 

Herr Reffgen signalisierte Zustimmung, dass er bei einer zusammenfassenden Aufbereitung mit der Zurückstellung einer Beschlussfassung zum Antrag der BA vom 14.02.2007 einverstanden sei.

Herr Weinrich hielt die Wiederbelebung des „Runden Tisch's“ für sinnvoll.

Abschließend sagte Herr Rech zu, die heutigen Diskussionsbeiträge in einer Sitzungsvorlage verwaltungsseitig zusammen zu fassen und in der November-Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses mit konkreten Beschlussvorschlägen für die einzelnen Teilbereiche zur Diskussion zu stellen. Er bat darum, falls sich die Politik irgendwo nicht wieder finde, dies in der Sitzung dann formuliert zu ergänzen.

- i) Berichterstattung Fahrzeuge - SV 68/031 - vorgezogen -.
- 

Frau Alkenings regte an, bei Fahrzeugen, die ausschließlich im Stadtgebiet verkehren, eine monovalente Ausführung zu berücksichtigen. Ferner sollte die Idee der Dienstfahrräder wieder belebt werden vielleicht in Verbindung mit einem Bonussystem für Mitarbeiter.

Herr Weinrich verwies auf das Beispiel der Stadt Darmstadt. Der Fuhrpark sollte in der Tat mit Dienstfahrrädern ausgestattet werden. Hierbei sollte auch die Verwaltungsspitze nicht ausgenommen werden.

- h) Bericht über die baulichen Maßnahmen zur Energieoptimierung an städtischen Gebäuden im Zeitraum 2005 bis 2007 - SV 26/039.
- 

Ohne Aussprache nahm der Stadtentwicklungsausschuss diese und alle vorhergehenden Sitzungsvorlagen zur Kenntnis.

Nach kurzer weiterer Aussprache erklärten sich die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses mit der Erstellung einer dezidierten Sitzungsvorlage für die Sitzung am 07.11.2007 unter Berücksichtigung sämtlicher heutiger Wortbeiträge einverstanden.

## **II. Nichtöffentliche Sitzung:**